

# Konsternation nach der Hiobsbotschaft

**Spitalschliessung in Affoltern** Die Verantwortlichen des Spitals sind geknickt und suchen nach einem Ausweg. Es werden aber auch andere Szenarien geprüft.

Helene Arnet

Drei geknickte, aber auch konsternierte Herren sassen gestern Morgen vor den Medien. Stefan Gyseler, Verwaltungsratspräsident des Spitals Affoltern, sagt: «Wir haben wirklich nicht mit diesem Entscheid gerechnet.» Und: «Wir schrieben in den letzten Jahren Gewinn.» Man sei auch auf gutem Weg, um den Spitalneubau zu finanzieren. «Welche Kriterien für die Gesundheitsdirektion relevant waren, können wir nicht nachvollziehen.»

Am Montag hat die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) den Direktor des Spitals Affoltern, Lukas Rist, vorinformiert, dass das Spital keinen Leistungsauftrag vom Kanton mehr erhält, mit Ausnahme der Psychiatrie und der ihr angegliederten Mutter-Kind-Abteilung. Das Spital decke «keinen relevanten Anteil des Versorgungsbedarfs der Zürcher Bevölkerung ab», lautet die Begründung.

Rist versteht die Welt nicht mehr: Eben noch habe das Spital alle Kräfte für Corona-Impfungen und -Tests mobilisiert, alle Betten seien belegt, neun davon mit Covid-Erkrankten. «Und da sagt man uns, wir seien nicht versorgungsrelevant!» Rist verweist weiter auf die «beiden unbestrittenen Leuchttürme» des Spitals: die Akutgeriatrie, die zweitgrösste im Kanton, und die Palliative Care, die erste des Kantons.

Markus Minder ist Chefarzt dieser «Leuchttürme». Auch er erzählt an der Medienkonferenz von stets belegten Betten, von Patientinnen und Patienten, die teilweise von weither kommen, auch von einem hoch motivierten Team, von ohnehin fehlenden Ausbildungsplätzen in der Geriatrie. Er beendete die Aufzählung mit dem Satz: «Es ist schwer zu verstehen, weshalb man das alles kaputt machen will.»

All das habe sich Natalie Rickli nie vor Ort angeschaut, sagen die drei. «Das wurde vom Schreibtisch aus entschieden», sagt Stefan Gyseler. Die GD räumt dem Spital eine dreijährige Übergangsfrist ein – ein «Papiertiger!», findet der Spitalpräsident. Bereits kurz nach Ricklis Medienkonferenz am Dienstagmorgen hätten die Ersten ihre Stellenbewerbungen zurückgezogen. Auch werde es schwierig sein, die Schlüsselpersonen im Betrieb zu halten, ergänzt Spitaldirektor Lukas Rist.

## Die drei Optionen

Nächste Woche findet ein Gespräch mit der GD statt. Gyseler und Rist versprechen sich davon wenigstens eine Klärung der Kriterien, die zur Ablehnung des Leistungsauftrags geführt haben. Jetzt läuft eine zweimonatige Vernehmlassungsfrist, im August entscheidet der Gesamtregierungsrat über die Spitalliste.

Die Spitalverantwortlichen sehen im Moment drei Optionen: — Man beschränkt sich, wie von der GD vorgeschlagen, auf die Psychiatrie mit der Mutter-Kind-Abteilung. Allerdings sei es schwierig, ohne zugehöriges Spital die gesamte notwendige Infrastruktur rentabel aufrechtzuerhalten.

— Man sucht Wege, neben der Psychiatrie auch Akutgeriatrie



Das Spital erhält keinen Leistungsauftrag vom Kanton mehr, mit Ausnahme der Psychiatrie und der Mutter-Kind-Abteilung. Foto: Samuel Schalch



Verwaltungsratspräsident des Spitals Affoltern, Stefan Gyseler.



Chefarzt Akutgeriatrie Markus Minder.



Spitaldirektor Lukas Rist. Fotos: Ela Çelik

und Palliative Care weiterzubetreiben. Dafür spricht neben dem Angebot als solches, dass man vom Kanton Zug dafür einen Leistungsauftrag hat. Auch wurde über Jahre ein Netzwerk mit ambulanten Organisationen wie der Palliative-Spitex aufgebaut. Dafür müsste die GD allerdings ihren Entscheid nochmals überdenken und revidieren.

— Die schnelle Liquidation, denn es sei nicht möglich, ein Spital ohne längerfristige Zukunft über drei Jahre hinweg weiterzuführen, sagt Gyseler.

Es gibt wohl nicht viele Spitäler, die so klar belegen können, dass die Bevölkerung hinter ihnen steht, wie das Spital Affoltern. Wenn jeweils eine mögliche Schliessung rufbar wurde, formierten sich Unterstützungskomitees, und im Mai 2019 hat sich

**«Es ist schwer zu verstehen, weshalb man das alles kaputt machen will.»**

Markus Minder  
Chefarzt Akutgeriatrie

die Bevölkerung bei einer Abstimmung, bei der es im Grunde um das Weiterbestehen des Spitals ging, mit über 78 Prozent der Stimmen für «ihr» Spital ausgesprochen.

## Wirtschaftliche Gründe

Clemens Grötsch ist Stadtpräsident von Affoltern am Albis. Als solcher hatte der Parteilose vor drei Jahren bei der schicksalhaften Abstimmung gegen eine Weiterführung des Spitals votiert. Aus wirtschaftlichen Gründen. Überrascht ist er deshalb vom Entscheid des Kantons nicht: «Ich begreife die Emotionen, die dieser Entscheid auslöst, aber rational betrachtet, sprechen die ökonomischen Voraussetzungen und der Beurteilungsmassstab des Kantons gegen das Spital.»

Das Spital gehört als gemeinnützige Aktiengesellschaft den vierzehn Gemeinden des Knonauer Amtes. Die Gemeindepräsidenten trafen sich gestern Abend und diskutierten die neue Situation. Laut Grötsch könnte es in Richtung eines Ärztehauses mit Ambulatorium und einer Notfallstation gehen. «Dass gar nichts bleibt, glaube ich persönlich nicht.»

Insbesondere für die Abteilung der Palliative Care könnte man eventuell andere Szenarien prüfen. «Das würde aber dann eher zu einer Vergrößerung die-

ses Bereiches führen», mutmasst Grötsch. Das 2010 eröffnete Kompetenzzentrum in der Villa Sonnenberg ist weit über die Region hinaus bekannt, bietet aber derzeit lediglich zwölf Betten.

Philippe Luchsinger, Hausarzt in Affoltern am Albis, würde als langjähriger Zulieferer des Spitals eine Rettung zumindest dieser Abteilung sehr begrüßen. Er sagt: «Gerade die beiden Abteilungen mit Vorbildcharakter, nämlich die Akutgeriatrie und die Palliativstation, hätte ich mir von der Versorgung her an erster Stelle gewünscht.» Doch geht das ohne Anbindung an ein Spital? Tatsächlich könnte man sich dabei am Modell der am Zürichberg liegenden Klinik Susenberg orientieren. Sie ist auf Akutgeriatrie, internistisch-onkologische Rehabilitation und Palliative Care spezialisiert, bietet 34 Betten an – und hat den Leistungsauftrag erhalten.

## «Eine verpasste Chance»

Annina Hess-Cabalzar bezeichnet die Schliessung des Spitals Affoltern unverblümt als «Fehlentscheid». Sie ist Co-Präsidentin der 2009 in Zürich gegründeten Akademie Menschenmedizin, zu der sich namhafte Exponentinnen und Exponenten des Gesundheitswesens zusammengeschlossen haben.

Nach der Initiative ihres 2019 verstorbenen Mannes Christian

Hess hat sie zusammen mit weiteren Mitarbeitenden am Spital Affoltern das Modell Affoltern entwickelt, das für eine ganzheitliche Betrachtung der Patientinnen und Patienten steht. Nicht zuletzt darin gründet auch die tiefe Verbundenheit der Region mit dem Bezirksspital.

«Ein Fehlentscheid und eine verpasste Chance» sei dieser Entscheid der Gesundheitsdirektion, doppelt Annina Hess nach. Doch noch sei es nicht zu spät, das Steuer herumzureissen: «Schliesslich gibt es eine Vernehmlassung, die kann man doch nutzen.»

In welche Richtung nutzen? Hess regt einen neuen Leistungsauftrag an: den Leistungsauftrag Grundversorgung. Dabei gehe es darum, in der Region auf Niveau der Grundversorgung alles anzubieten, «von der Wiege bis zur Bahre». Die in sich ziemlich geschlossene Region Knonauer Amt sei das «ideale Forschungs-labor Grundversorgung».

Hess ruft damit zum Aufbruch statt zum Abbruch auf. Das erste Jahr der Gnadenfrist soll dazu genutzt werden, die Grundversorgung grundsätzlich zu überdenken, zu definieren und daraus die richtigen Schlüsse für die Leistungsaufträge zu ziehen. Sie schlägt eine breit abgestützte, interprofessionelle Arbeitsgruppe vor.

Sie weiss auch schon, wie das «Labor Grundversorgung» möglicherweise zu finanzieren wäre. Das Bundesgesetz für Krankenversicherung (KVG) beinhaltet einen «Experimentierartikel». Dieser soll es erlauben, regional und zeitlich begrenzte Pilotprojekte ausserhalb des üblichen KVG-Rahmens zu testen. Zweck: Eindämmen der Kosten. Er gilt seit dem 1. Januar 2022. «Passt doch», findet Annina Hess.

## Weniger Velofahrer sind verunfallt

**Statistik** Auf Zürichs Strassen starben im letzten Jahr 20 Personen – laut Polizei ein Allzeittief.

Gestern stellte die Kantonspolizei Zürich (Kapo) die neue Verkehrsunfallstatistik vor. Insgesamt gab es 2021 im Kanton 15'724 Unfälle – das macht etwa 43 Unfälle pro Tag. Das sind rund drei Prozent weniger als im Vergleich zum Fünfjahresmittel (2016–2020). Die meisten Unfälle verursachen «nur» einen Sachschaden. Ein Drittel der Unfälle passierte in der Stadt Zürich.

Insgesamt verletzten sich 575 Personen schwer, das sind drei Prozent mehr als im Fünfjahresvergleich. 20 Personen starben auf Zürichs Strassen. Diese Zahl bedeute ein Allzeittief, sagte Marius Weyermann, Chef der Verkehrspolizei bei der Kapo. Zum Vergleich: Im Rekordjahr 1971 gab es 260 Verkehrstote.

## Ein nasser Frühling

Die meisten Schwerverletzten sind «ungeschützte Verkehrsteilnehmende» – also Fussgängerinnen oder Zweiradfahrer. In den letzten Jahren kannten die Unfallzahlen bei Velofahrenden nur eine Richtung: nach oben. Nun haben sich erstmals seit zehn Jahren weniger Velofahrerinnen und -fahrer in der Stadt verletzt. Insgesamt verunfallten 490 Personen – im Vorjahr waren es 606 Personen.

Dass weniger Velofahrende verunfallten, sei die erfreulichste, aber auch erstaunlichste Mitteilung, sagte Wernher Brucks von der Stadt Zürich. Er leitet die Dienstabteilung Verkehr. Von einer Trendumkehr will er aber nicht sprechen – denn letztes Jahr herrschte vor allem auch nicht off Velowetter: Ein nasser Frühling und ein durchzogener Sommer führten gemäss Brucks wohl dazu, dass weniger Leute aufs Velo stiegen.

Der Unfallrückgang ist auch nur eine halbwegs gute Neuigkeit – denn immer noch verunfallen auf dem Velo so viele Personen wie bei allen anderen Verkehrsmitteln zusammen. Weitere Massnahmen umzusetzen, die Velofahrenden mehr Sicherheit bieten, habe daher «weiterhin höchste Priorität», sagte Brucks. Es ist auch ein politischer Auftrag – in den letzten Jahren hat die Stadtbevölkerung mehrere Vorlagen dazu angenommen.

## Mehr verletzte Töfffahrer

Sorgen machen der Polizei vor allem die Töfffahrerinnen und -fahrer. Insbesondere Neulenkende haben im letzten Jahr deutlich mehr Unfälle verursacht. Unfälle mit «mangelnder Fahrpraxis» als vermutete Ursache haben gegenüber 2019 um fast 40 Prozent zugenommen.

Als Grund dafür nennt Verkehrschef Weyermann eine Gesetzesänderung: Seit dem 1. Januar 2021 ist es in der Schweiz nicht mehr erlaubt, direkt in die grösste Motorradkategorie A einzusteigen. Viele wollten deshalb noch vorher den Fahr- ausweis machen. Die Anzahl Lernfahrausweise habe deswegen deutlich zugenommen – von durchschnittlich 8000 auf 12'000 Ausweise. Die Kantonspolizei Zürich hat bereits im letzten Jahr eine Kampagne gestartet, um Töfffahrer zu sensibilisieren. Diese will sie fortführen und ausbauen.

Lisa Aeschlimann